

Plenarprotokoll 19/4 Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus 14.10 Uhr
	Seite 6/6
	- pe/ur -

Julia Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Liebe Beschäftigte des Landes Berlin! Wir beraten heute das dringliche Gesetz zur Coronasonderzahlung für Beamtinnen und Beamte des Landes Berlin. Die Dringlichkeit ist übrigens darin begründet, dass das die geltende Rechtslage der Einkommensteuergesetzgebung erfordert. Das nur kurz zur Erläuterung. Wir haben deswegen dieses Gesetz zügig als Koalitionsfraktionen eingebracht, denn zum einen ist es für uns als Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zentral, dass Berlin den Einigungen der Tarifgemeinschaft folgt und die Sonderzahlung auch an die Beamtinnen und Beamten weitergibt. Zum anderen wollen wir alle die Mitarbeitenden des Landes wertschätzen.

...

Plenarprotokoll 19/4 Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus 14.20 Uhr
	Seite 1/4
	- ap -

Damit möchte ich einsteigen: Vielen herzlichen Dank, dass Sie trotz der herausfordernden Bedingungen in den letzten zwei Jahren diese Stadt am Laufen gehalten haben!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Als ehemalige Kollegin weiß ich es noch aus eigener Erfahrung: Das war oft anstrengend. Viele von Ihnen haben unter enormen Herausforderungen und Belastungen gearbeitet, teilweise nachts gearbeitet und während der eigentlichen Arbeitszeit die Kinder betreut oder unterrichtet, mitten im Familientrübels am Küchentisch gearbeitet; andere haben unter Einsamkeit und häuslicher Isolation gelitten. Homeoffice war für die wenigsten einfach und für manche durch mangelnde digitale Infrastruktur schlicht nicht möglich. Da übernahmen dann Kolleginnen und Kollegen das Doppelte, um die Arbeit dennoch zu bewältigen. Auch unsere Polizei und Feuerwehr waren vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Die Erfahrung der letzten Jahre spornt uns noch einmal mehr an, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu verbessern und die Verwaltung zu digitalisieren.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Rot-Rot-Grün hat 2016 nicht die besten Bedingungen vorgefunden, aber wir haben das gedreht. Wir haben massiv in den öffentlichen Dienst investiert. In den Bezirken haben wir 20 Prozent mehr Personalstellen geschaffen. Und es ist uns gelungen, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten endlich dem Durchschnitt der Länder anzupassen. Dieses Niveau der Bezahlung wollen und müssen wir halten.

Genau darum geht es in diesem Gesetz. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat sich Ende November unter anderem auf eine Coronasonderzahlung für die Tarifbeschäftigten verständigt, um die Belastungen durch die Pandemie auszugleichen. Nun haben wir nicht nur Tarifbeschäftigte im Land Berlin, sondern eben auch Beamtinnen und Beamte im Landesdienst. Wir haben versprochen, Tarifergebnisse an die Beamtinnen und Beamten weiterzureichen. Deswegen sollen sie ebenfalls die Coronasonderzahlung erhalten, um in dem Besoldungsdurchschnitt zu bleiben und unsere Wertschätzung zu erfahren.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Sandra Brunner (LINKE)]

Zusätzlich behalten wir aber auch die Zuwendungsprojekte unserer Stadt im Blick. Ob Kitas, Theater- oder Jugendprojekte, sie sind auch elementar für unsere Stadtgesellschaft. Nachdem unsere Koalition in der vergange-

Plenarprotokoll 19/4 Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus 14.20 Uhr
	Seite 2/4
	- ap -

nen Legislaturperiode für sie die Tarifangleichung endlich erreicht hat, wollen wir hier nicht zurückfallen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass eine vertraglich bisher nicht geregelte Prämienauszahlung, erst recht unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung, rechtlich besonders schwierig ist. Ich erwarte deswegen, dass die Senatsverwaltung für Finanzen hier alle Möglichkeiten mit Priorität prüft.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Wir haben in dieser Legislaturperiode viel vor

[Zuruf]

und müssen den öffentlichen Dienst weiter stärken. Im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben, mit welchen Maßnahmen das Land Berlin als Arbeitgeber für die besten Köpfe immer attraktiver wird. Dabei geht es nicht nur ums Geld, sondern vor allem auch um die Arbeitsbedingungen. Wir unterstützen das Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice und setzen uns für noch mehr Familienfreundlichkeit ein. Wir verbessern das Arbeitsumfeld, indem wir Verwaltungsgebäude sanieren, die Arbeitsplatzausstattung inklusive der Technik verbessern und neue Raumkonzepte für kreatives Arbeiten sowie Co-Working-Spaces schaffen – das alles unter Beteiligung von Ihnen, werte Beschäftigte! – Der Pensionierungswelle stellen wir uns entgegen, indem wir den Quereinstieg erleichtern, Ausbildungskapazitäten erhöhen und einen Schwerpunkt auf die Einstellung, Qualifizierung und Entwicklung der Nachwuchskräfte legen.

Die Berliner Verwaltung muss sich außerdem konsequent der Diversität der Stadtgesellschaft öffnen und Strukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln, denn wir werden in der Zukunft jede und jeden brauchen, die diese Stadt gestalten wollen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die Dienstkräfte des Landes Berlin sind das Rückgrat des Staates und der Gesellschaft. Sie setzen unsere politischen Ziele in die Tat um. Deswegen freue ich mich auf die Debatte im kommenden Hauptausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:

Nun hat das Wort für die Fraktion der FDP Herr Krestel.